



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 37654-59

Fernschreiber 039890

16. Mai 1953

P/VIII/112

Hinweise
auf den Inhalt:

Deutsche Einheit nicht erwünscht ?	S. 1
Der Streik der Renault-Arbeiter	S. 3
Prozeß um die "Erste Legion"	S. 4

Churchill ein Illusionist ?

-ler. Was der deutsche Bundeskanzler aus Gründen des Taktes und der internationalen Höflichkeit dem britischen Premierminister zu sagen nicht für opportun hielt, glaubte der Präsident des Deutschen Bundestages, Dr. Ehlers, nachholen zu müssen. Der 2. Vorsitzende der CDU fühlte sich befugt, Winston Churchill eine Belehrung zu erteilen. Churchill habe die Problematik der Ost-West-Spannungen, sagte Ehlers in Nürnberg, in seiner letzten Rede bagatellisiert und sei von der unrichtigen Ansicht ausgegangen, daß Sowjetrußland als ein normaler Staat anzusehen sei.

Wenn es überhaupt unter den europäischen Staatsmännern einen Mann gibt, der sich nicht die geringsten Illusionen über die bolschewistische Gefahr und über den Charakter der Sowjetunion macht, dann ist es wohl der britische Premierminister. Seit den Tagen des Interventionskrieges während der Anfangsjahre der russischen Revolution galt er für die Bolschewiken als Weltfeind Nr. 1. In der letzten Hälfte des zweiten Weltkrieges versuchte Churchill als einziger unter den alliierten Staatsmännern, den russischen Vormarsch nach Europa mit politischen und diplomatischen Mitteln zu bremsen - Hitlers Verblendung und Roosevelts Kurzsichtigkeit ließen seine Pläne nicht reifen. Churchill war es auch, der 1946 in seiner berühmten Fulton-Rede das Startsignal für die Sammlung der westlichen Welt gegen die bolschewistische Durchdringung Europas gab, und damit jene Entwicklung einleitete, die in NATO-Bündnis ihren vorläufigen Abschluß fand.

Wenn nun dieser Staatsmann mit einer so fleckenlosen anti-bolschewistischen Weste den Zeitpunkt für gekommen hält, durch ein Gespräch auf höchster Ebene die Starrheit in der internationalen Politik aufzulockern, durch ein System gegenseitiger Garantieverträge, das sowohl von der Sowjetunion als auch von einem in Freiheit geeinten Deutschland die Furcht nimmt, ein Opfer des Überfalls der anderen zu werden - ist das eine "Bagatellisierung der Ost-West-Spannungen"? Churchills Idee eines Locarno ist überhaupt eine der wenigen und aussichtsreichen Möglichkeiten

eine Befriedung in der Welt herbeizuführen - gerade im Hinblick auf das deutsche Problem, das ja gar nicht anders, sofern man den Krieg ausscheidet, als nur in direkten Verhandlungen mit der Sowjetunion gelöst werden kann.

Doch nicht nur in Amerika, sondern auch in der Bundesrepublik gibt es maßgebende Kreise, die anscheinend furchtbare Angst vor einem solchen Gespräch und einer vielleicht daraus resultierenden Entspannung der Beziehungen zwischen West und Ost im gegenwärtigen Zeitpunkt haben.

Das beweisen die Ereignisse am letzten Freitag. In mehr als einer Hinsicht werden sie als schwarzer Tag in die Geschichte der Bundesrepublik eingehen. Unverständlich bleibt die unter so eigenartigen und entwürdigenden Umständen vollzogene Annahme des Vertragswerkes im Bundesrat, wo gerade ein paar Tage vorher der Außenpolitische Ausschuß der französischen Nationalversammlung beschlossen hatte, den EVG-Vertrag nicht vor den Wahlen in der Bundesrepublik, nicht vor einer Lösung der Saarfrage, und nicht vor dem Versuch eines Vierertreffens zu behandeln. Praktisch bedeutet das die Absage Frankreichs an die EVG. Um die Demütigung für den deutschen Bundeskanzler noch zu vervollständigen, erfolgte an diesem Freitag die Paraphierung der neuen Saar-Konvention zwischen Paris und Saarbrücken, die ein weiterer Schritt zur endgültigen Ausklammerung der Saar aus dem deutschen Staatsgebiet bedeutet.

Wozu denn noch diese Eile, ein Vertragswerk durchzusetzen, das in allen Teilen durch die Entwicklung überholt ist? Es ist nicht nur das Prestigebedürfnis des Bundeskanzlers, das sich heute in der deutschen Politik unter Hinwegsetzung aller nationalpolitischen Belange und Notwendigkeiten als ein verhängnisvoller Faktor erweist, und es ist auch nicht allein das Bestreben der Mehrheit dieses Parlaments, vor den Wahlen den Mißerfolg dieser Außenpolitik vor dem Volke zu verbergen. Die Gründe liegen tiefer.

Die Regierungsparteien, oder gewisse Teile innerhalb dieser Parteien, sind nicht mehr dem Druck gewachsen, der heute von allen jenen Industrieverbänden ausgeht, die in einer Flucht in die Rüstungskonjunktur einen Ausweg aus den sich abzeichnenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten sehen. Was kümmert sie ein Eisenhower, was kümmert sie ein Churchill, die, wenn sie auch über den einzuschlagenden Weg nicht harmonieren, doch in einer Verständigung mit der Sowjetunion die Bewährungsprobe ihrer Staatskunst erblicken? Eine solche Verständigung im weltweiten Rahmen - sogar ein Winston Churchill hält sie nicht für aussichtslos - würde, wenn nicht das Ende so doch eine beträchtliche Verlangsamung des Rüstungstempos bedeuten und für die Verteidigung der westlichen Welt neue Perspektiven ergeben.

Schon einmal drängte das deutsche Großkapital durch seine Unterstützung an den Nationalsozialismus die deutsche Politik und das deutsche Volk in eine verhängnisvolle Bahn. Es sieht heute so aus, als ob dieses gleiche Großkapital, das durch seine Millionenspenden die gegenwärtigen Regierungsparteien in finanzieller Abhängigkeit hält, mit gleichem Eifer und Besarrlichkeit wie vor 20 Jahren bedacht ist, Steine auf den Weg zu einer internationalen Entspannung zu legen - auch wenn die deutsche Einheit in Freiheit und damit das Schicksal des deutschen Protestantismus in der Sowjetzone und in Deutschland endgültig besiegt wird.

Ein seltsamer Streik

G.S. - Paris, Mitte Mai

Am 15. April brach in einer Werkstatt der großen Pariser Renaultwerke, die fast 40000 Arbeiter beschäftigen, ein Streik aus, der schließlich zur Stilllegung des gesamten Werkes führen sollte. Die Forderungen, die die Arbeiter stellten, waren vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus absolut gerechtfertigt: Eine Lohnerhöhung und Verlängerung der bezahlten Urlaubszeit. Im Übrigen war diese Forderung seit langem von allen Gewerkschaften der Renaultwerke (vier) erhoben worden.

Merkwürdig war immerhin, daß der Streik von der sogenannten unabhängigen Gewerkschaft entfesselt wurde. Diese "Gewerkschaft", die zum großen Teil aus ehemaligen Indochinakämpfern, Gaullisten und sogar faschistischen Elementen besteht, war von der Direktion des nationalisierten Renaultbetriebes künstlich aufgebaut worden, um zunächst den Einfluß der Kommunisten und dann den der sozialistischen und christlichen Gewerkschaftsorganisationen zu brechen, die nach Auffassung der Direktion "demagogische" Forderungen stellten.

Während der kommunistische Gewerkschaftsbund den von den Unabhängigen entfesselten Streik vorbehaltlos unterstützte, machte sich bei den sozialistischen und christlichen Gewerkschaften ein gewisses Zögern bemerkbar, das angesichts der immer stärker werdenden Gerüchte vollständig zu begreifen war: Es ist kaum noch daran zu zweifeln, daß die "Unabhängigen", auf die sich die Direktion früher vollständig verlassen konnte, auf verlockendere Angebote eingegangen waren. Diese "Gewerkschaft" wehrt sich heute kaum noch gegen den Vorwurf, von den früheren Besitzern der Renaultwerke und vom französischen Industrieverband finanziert worden zu sein, um das nationalisierte Renaultunternehmen zu zerschlagen.

Angesichts dieser eigenartigen Situation befinden sich die Gewerkschaftsorganisationen in einer sehr schwierigen Lage: Der kommunistische Gewerkschaftsverband tut nur eins: Er nimmt die Gelegenheit wahr, um im Trüben zu fischen. Die anderen Gewerkschaftsorganisationen versuchen, den unter so üblen Voraussetzungen begonnenen Streik zu retten, müssen sich aber Rechenschaft darüber abgeben, daß die

Demoralisierung der Renaultarbeiter große Fortschritte gemacht hat. Ohne auf Widerspruch zu treffen, konnte der Direktor der Renaultwerke in einem Schreiben an das Personal die Feststellung treffen, daß 300 "unabhängige" Arbeiter während der Streikzeit "besser verdienen als sonst".

Der "Erfolg" dieser Streikaktion wird darin bestehen, daß keine der auch von der konservativen Presse unbestrittenen Forderungen erfüllt werden wird, daß die Renaultwerke, die den in Frankreich sehr populären 4-PS-Wagen produzieren, einen Milliardenverlust erleiden und daß es den anständigen Gewerkschaftsorganisationen sehr schwer fallen wird, die Renaultarbeiter in Zukunft für die Verteidigung ihrer Interessen aufzurufen. Freie Gewerkschaftler haben mit Recht die Frage aufgeworfen, ob es nicht besser wäre, sich nicht an eine falsch verstandene "Solidarität" zu halten und den Arbeitern zu erklären, worum es ging: Das hätte die anständigen Gewerkschaftler keineswegs daran gehindert, weiterhin für die Forderungen der Renaultarbeiter einzutreten. So hätte vielleicht verhindert werden können, daß - wie es jetzt der Fall ist - die Arbeiter ohne einen Erfolg erreicht zu haben an ihre Arbeitsplätze zurückkehren.

+ + +

Prozeß rollt Hintergrund der "Ersten Legion" auf

W.F. Vor einigen Tagen wurde vor dem Arbeitsgericht in Köln im ersten Termin eine Klage verhandelt, die ein Bonner Journalist gegen die "Erste Legion" angestrengt hatte. Durch diesen Prozess, bei dem es um eine Gehalts- und Spesenforderung von rund M 40 000.--geht, scheint einiges Licht in das Dunkel einer Geheimorganisation zu dringen, die 1949 von führenden politischen Persönlichkeiten der Regierungskoalition gegründet wurde, wegen ihres antidemokratischen Charakters und ihrer verschwörerischen Zielsetzung ungewollt einige Zeit im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion stand und sich nach offiziellem Ausscheiden der exponiertesten Persönlichkeiten durch die "Berufung" sogenannter "zentraler" Mitglieder der Vertrauenspositionen in den Spitzen der Bundesministerien und der

Verwaltung schuf. Da die Mitgliedschaft in diesem ordensartigen Gebilde geheimgehalten wird, ist es für Aussenstehende ohnehin unmöglich, über das Ausmass des Einflusses der "Ersten Legion" in den Schlüsselpositionen einigermaßen Klarheit zu gewinnen. Nun gibt die dem Arbeitsgericht vorliegende Klageschrift interessanten Aufschluss.

Über die "Erste Legion" als beklagte Organisation hinaus umfasst die Klageschrift eine Liste von 55 beklagten Mitgliedern der "Ersten Legion", unter denen sich neben nachgeordneten Personen, wie die persönlichen Referenten des Staatssekretärs Dr. Lenz sowie der Bundesminister Hellwege und Kaiser - Dr. Six, Dedekind und Sagner - eine ganze Anzahl interessanter Namen befindet, wie z.B. der Fraktionsvorsitzende der DP, Staatssekretär Dr. von Merkatz, der Gründer der Legion und ehemalige Generalsekretär der CDU der britischen Zone, Amtsgerichtsrat a.D. Schmalz; der Vortragende Legationsrat im AA, Dr. Wilde; der Organisationsleiter der "Arbeitsgemeinschaft demokratischer Kreise" - einer Propagandaorganisation der Bundesregierung -, Dr. med. Kaufmann und der Bundesgeschäftsführer der Legion, Dr. jur. Eicker. Nach Andeutungen des Klägers soll die Klage ausgedehnt werden u.a. auf den früheren kommissar. Bundespressechef und jetzigen Konsul in New Orleans, (USA), Dr. Böx und den ehemaligen Landesgruppenleiter der NSDAP in Italien und jetzigen Bundesgeschäftsführer der DP, Dr. Ehrlich.

Bereits beim ersten Termin wurde bekannt, dass einige der Beklagten die Mitgliedschaft zur "Ersten Legion" bestritten und bemerkenswerterweise den Bundesgeschäftsführer Dr. Eicker mit ihrer Vertretung vor dem Arbeitsgericht beauftragen. Zweifellos dürfte es dem Kläger nicht leicht fallen, angesichts des strikten Geheimnisses um die sogen. "zentralen" Mitglieder der Legion ihre Zugehörigkeit zu diesem Orden nachzuweisen. Im Zuge der Beweisaufnahme des Prozesses werden daher politisch interessante und bedeutsame Zusammenhänge zu erwarten sein.